

Weiter neoliberale Politik und zunehmende Spaltung der Gesellschaft

I.

Nach der 5. Auflage von »Arbeit, Kapital und Staat« liegt nun die 6. Auflage vor. Autor und Verlag haben sich dabei verständigt, die seit 2013 eingetretenen wesentlichen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Veränderungen in einer ausführlichen, aber zusammengefassten Fortschreibung zu bündeln und zu bewerten. Dies hat folgenden Vorteil: Die Leser*in erhält so einen komprimierten Überblick über die jeweiligen Veränderungen seit Erscheinen der Voraufgabe, der Zugleich als Kompass für den umfangreichen nachgelagerten Text des Buches dienen kann.

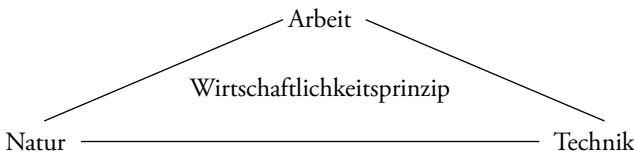
Grundrichtung der nun hinzugekommenen Überlegungen ist natürlich nach wie vor die in den bisherigen Auflagen entwickelte und geforderte *Wirtschaftsdemokratie* zur Abschaffung der kapitalistischen Ordnung. Im Kapitalismus ist die Wirtschaft nicht für den *Menschen* da, sondern nur für eine kleine privilegierte Schicht von *Kapitaleignern*. Ausführlich wird dies im ersten Kapitel von »Arbeit, Kapital und Staat« abgeleitet – und die Rolle von menschlicher Arbeit und deren Ausbeutung in einem widersprüchlichen System dargelegt. Arbeit hat hier einen *mehrwertschaffenden Warencharakter*. Die Bezahlung der Ware Arbeitskraft entspricht nicht dem Wert der Arbeit. Dieser ist größer und enthält neben dem Lohn, den von Produktionsmitteleigentümern vereinnahmten *Mehrwert* (Zins, Miete/Pacht und Profit). Der Mehrwert muss aber am *Markt* realisiert werden. Deshalb bestehen für jedes kapitalistische Unternehmen *Produktions- und Marktrisiken*. So kann die Produktion des Mehrwerts zu gering ausfallen, weil die Arbeit nicht gut verrichtet wurde, und/oder die mehrwertinvolvierte Produktion lässt sich am Markt zu hinreichenden Preisen nicht verkaufen, weil die Konkurrenz zu groß ist oder die Nachfrager die Produkte nicht (mehr) wollen.

Jede Ordnung muss in einer Ökonomie ein *Überschussprodukt* für den *Erweiterungsinvestitionsprozess* generieren, ansonsten gibt es keine ökonomische und damit gesellschaftliche Entwicklung. Es käme zu einer degenerierenden stationären Wirtschaft. Ordnungstheoretisch ist dabei allerdings entscheidend, wer über das Über-

schussprodukt verfügt. Im Kapitalismus sind es die *privaten Kapitaleigner* denen die Produktionsmittel gehören. Die Trennung von Produzent (Beschäftigten) und Eigentümer der Produktionsmittel wirft hier den abhängig Beschäftigten immer wieder in einem erweiterten Kapitalverwertungs- und Produktionsprozess auf eine *Lohnposition* zurück und konstituiert das kapitalistische System. Deshalb bleiben Beschäftigte auch »Habenichtse« (*Oswald von Nell-Breuning* (1890-1991) und haben nichts zu sagen. Über das entscheidende »*Investitionsmonopol*« (*Erich Preiser* (1900-1967)) verfügen die Kapitaleigner, wobei schon direkt nach dem Zweiten Weltkrieg das Produktivkapital in der Bundesrepublik völlig ungleich verteilt war. 70 v. H. der Produktionsmittel entfielen auf 1,7 v. H. der privaten Haushalte (Krelle, Schunck, Siebke 1968). Heute sind es 10 v. H., denen rund 92 v. H. des Produktivkapitals gehören (Kessler 2020: 10).

Auch in der Sowjetunion und in der DDR gehörte den Beschäftigten nicht der volle Wert ihrer Arbeit. Hier fiel das Überschussprodukt aber nicht privaten Kapitaleignern zu, sondern dem *Staat*, wobei die praktizierte *staatliche Planwirtschaft* offensichtlich nicht gut funktioniert hat. Der letzte Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, *Michail Gorbatschow*, hat uns erklärt, warum es nicht funktionierte. Er sah die hauptsächlichen Mängel der »Wirtschaftsmaschinerie« der Sowjetunion »vor allem darin, daß der *innere Antrieb* für eine eigene Entwicklung zu schwach ist. Der Betrieb erhält (...) durch das System der Plankennziffern Auflagen und Ressourcen. Praktisch alle Kosten werden gedeckt, und der Absatz der Produktion ist weitgehend garantiert. Und was am wichtigsten ist: Die *Einkommen* der Werktätigen hängen nicht von den Endresultaten der Arbeit des Kollektivs ab – weder von der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen, der Qualität der Erzeugnisse noch vom Gewinn. Ein solcher Mechanismus erbringt mit großer Wahrscheinlichkeit Arbeit von mittelmäßiger oder schlechter Qualität« (Gorbatschow 1988:106).

Jede Ökonomie und Gesellschaft muss in der Tat, und dies gilt *ordnungsunabhängig*, darauf achten, dass *hochproduktive lebendige Arbeit* in Verbindung mit einem *technik-* und einem *naturschonenden Ressourceneinsatz* geleistet wird; wobei Technik nichts Anderes ist, als vorgetane menschliche Arbeit in Verbindung mit Naturgebrauch. In diesem interdependenten Dreieck aus Arbeit, Natur und Technik muss Ökonomie nach dem *Wirtschaftlichkeitsprinzip* ausgerichtet werden.



Entweder muss ein vorgegebener Output mit weniger Input, oder mit gegebenem Input mehr Output realisiert werden. Geschieht dies nicht, findet eine Verschwendung von menschlicher Arbeitskraft, Natur- und Technikressourcen statt. Stellen sie sich diesbezüglich nur die Produktion einer beliebigen Ware vor, und diese lässt sich nicht verkaufen und muss vernichtet werden. Der dabei entstehende *Verlust* ist nicht nur ein betriebswirtschaftlicher Verlust für den privaten Kapitaleigentümer, sondern auch ein gesellschaftlicher Verlust an Naturver- und -gebrauch sowie eine Vergeudung menschlicher Arbeitskraft. Und dennoch ist bei dieser *Fehlallokation* und *Verlustproduktion* bei den Beschäftigten ein Einkommen und damit Kaufkraft für eine Nachfrage entstanden, selbst dann, wenn die Wertschöpfung kleiner als die Summe der Lohn- und Gehaltszahlungen ausfällt. Und auch die Unternehmenseigentümer haben in Form der Abschreibungen auf Basis von Wiederbeschaffungspreisen ihr eingesetztes Kapital, wenn auch ohne Rendite, zumindest real zurückerhalten.

Die mengenmäßige Bewertung von Input und Output der Produktion erfolgt über *Preise*, die idealtypisch Knappheiten anzeigen sollen. Dies tun sie realiter aber nicht immer. So z. B. bei der Bewertung der Natur oder auch bei der Bewertung von Reproduktions- und Vorsorgearbeit, die überhaupt keiner Preisbestimmung unterliegt. Und Preise werden auch durch *Machtfaktoren* pervertiert. Hier muss man nicht nur an das Monopol oder Monopson denken, hier reicht schon eine »bilaterale Abhängigkeitssituation« (*Helmut Arndt* (1911-1997)) zwischen Wirtschaftsobjekten im Produktions- und Tauschprozess aus. Der dabei schlimmste denkbare Fall ist eine *Nicht-Nachfrage* des bereitgestellten Angebots. Wird beispielsweise der seine Arbeitskraft auf den vielen Teilarbeitsmärkten – *den* Arbeitsmarkt gibt es nicht – anbietende Mensch von Unternehmern (Kapitaleignern) nicht nachgefragt, ist also arbeitslos, dann ist der Preis seiner Arbeitskraft null. Schlimmer noch, der Wert (Preis) ist sogar negativ, weil der Arbeitslose staatlich alimentiert werden muss, was bedeutet, dass andere Menschen für ihn mitarbeiten müssen, also etwas von ihrem Preis und ihren dargebotenen Mengen herzugeben haben. Dies gilt aber nicht nur für Arbeitslose, sondern für alle, die nicht arbeiten (Kinder, Jugendliche, Kranke und Rentner*innen) und deshalb auch kein Einkommen durch eigene (bepreiste) Arbeit erzielen. Drei von vier Deutschen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren leben dabei in erster Linie von der eigenen Arbeit und deren Bewertung über Preise. 2019 waren das laut Statistischem Bundesamt 74 v. H. in dieser Altersgruppe bzw. 37,8 Millionen Menschen. Im Jahr 2000 hatte der Anteil noch bei 63 v. H. gelegen. Deutlich gestiegen ist vor allem der Anteil der Frauen – von 52 v. H. im Jahr 2000 auf 68 v. H. Bei den Männern waren es in 2019 80 v. H. (2000: 74 v. H.), 4,4 Millionen oder 9 v. H. der

18- bis 64-Jährigen lebten dagegen hauptsächlich von staatlichen Leistungen. Dazu zählen unter anderem Hartz-IV oder Bafög, nicht jedoch Renten oder Pensionen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 15. Juli 2020, S. 13).

Einkommen entsteht final immer nur durch eine *preisbewertete Arbeit und deren Verkauf über Waren und Dienste*. Da hilft es dann auch nicht, wenn argumentiert wird, dass die Empfänger eines *bedingungslosen Grundeinkommens*, die auch andere für sich arbeiten lassen wollen, (vielleicht) ja auch gesellschaftlich nützliche, aber eben nicht preisbewertete Arbeit, verrichten würden, was insbesondere für die Reproduktions- und Vorsorgearbeit gilt. Wer soll hier jedoch der preiszahlende Nachfrager sein? Nachfrager und Anbieter wären eine Person, die dann mit sich selbst eine *subjektive Bewertung* vornehmen und sich bepreisen müsste. Eine ökonomisch und auch gesellschaftlich völlig skurrile Vorstellung (Bontrup 2018: 114ff.).

Illegale *Schwarzarbeit* ist dagegen bepreiste Arbeit, die jedoch bewirkt, dass der Staat dafür keine Steuern und Abgaben erhält und somit weniger an Geld zur Verfügung hat, um u. a. Sozialleistungen für Menschen zu zahlen, die keine Arbeit verrichten bzw. verrichten können. Dennoch findet eine Bewertung (Bepreisung) auch von nicht geleisteter Arbeit statt. Dies gilt bei *Arbeitslosigkeit*. Hier erfolgt aber keine subjektive oder auch marktbezogene Bewertung (Bepreisung), sondern eine durch den *Staat* politisch (gesellschaftlich) gesetzte Preisbildung. Zum einen durch das Arbeitslosengeld I und zum anderen durch sogenannte Hartz-IV-Leistungen (Arbeitslosengeld II). So erhalten Arbeitslose *Lohnersatzleistungen* in Höhe von 60 oder 67 v.H. ihres letzten Nettoarbeitsentgeltes; und sind sie länger als ein Jahr arbeitslos erfolgt eine vom Bundesverfassungsgericht bestätigte *Grundsicherung* mit Hartz-IV-Sätzen. Ab 2021 bekommen dabei Ehegatten und Partner neben den Mietkosten monatlich jeweils 395 € und Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr, die noch nicht im eigenen Haushalt leben, 352 €. Kindern bis fünf Jahre billigt man 279 € und 6-13-Jährigen 308 € zu.

Das ist als Hartz-IV-Grundsicherung alles wenig, dennoch darf man dabei nicht vergessen, dass andere Menschen dafür Arbeit zu verrichten haben. Der hier bei den meisten Menschen im Kopf sofort auftauchende *Staat* zahlt diesbezüglich nämlich gar nichts. Er muss sich das Geld durch *Steuern und Abgaben* holen. Dies gilt auch für die Arbeitslosenversicherung sowie für die anderen Sozialversicherungen. Die Aufwendungen werden in den totalen Arbeitskosten, die sich aus dem *direkten Arbeitsentgelt* und den sogenannten *Lohnnebenkosten* inkl. der Sozialversicherungskosten zusammensetzen, verrechnet bzw. eingepreist. Bezahlen tun dies am Ende immer nur alle *Endverbraucher* über den Kauf von Waren und Dienstleistungen. Dabei ist es

Im Süden lebt sich's länger

»Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland ist laut einer Studie im Süden und Südwesten am höchsten. Sie unterscheidet sich in den 402 Landkreisen bei den Männern um bis zu 5,4 Jahre, teilte das Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock mit. Bei Frauen betrage der maximale Unterschied knapp vier Jahre: So würden Frauen im Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt im Schnitt 81,8 Jahre alt. Dagegen könnten sich Frauen im Landkreis Starnberg südwestlich von München darüber freuen, durchschnittlich 85,7 Jahre alt zu werden. Auch bei den Männern fanden die Forscher ein Nord-Süd-Gefälle: In Bremerhaven beträgt die Lebenserwartung der Männer der Studie zufolge im Schnitt 75,8 Jahre. Im Landkreis München ist sie mit 81,2 Jahren am höchsten. Die Forscher erstellten eine Landkarte, aus der ersichtlich wird, dass sich die Landkreise mit besonders hoher Lebenserwartung im Süden und Südwesten der Bundesrepublik konzentrieren. Die Forscher veröffentlichten ihre Studienergebnisse im ›Ärzteblatt‹. Auch zwischen Ost und West gibt es Unterschiede: mehr Landkreise mit niedriger Lebenserwartung lägen im Osten Deutschlands als im Westen, berichten die Wissenschaftler. Aber auch im Ruhrgebiet gebe es Landkreise, in denen die Bevölkerung im Schnitt früher stirbt. Dazu zählten Dortmund, Gelsenkirchen und Essen. Die Wissenschaftler suchten auch nach Ursachen für die Unterschiede. Starken Einfluss haben nach ihren Erkenntnissen die Arbeitslosenquote und die Quote der Hartz-IV-Empfänger. ›Wer Unterschiede in der Lebenserwartung reduzieren will, muss vor allem die Lebensbedingungen des ärmsten Teils der Bevölkerung verbessern‹, sagte Roland Rau vom Max-Planck-Institut. Hingegen hätten Faktoren wie das Durchschnittseinkommen, die Zahl der Ärzte pro 100.000 Einwohner oder die Bevölkerungsdichte weitaus geringeren Einfluss« (Frankfurter Rundschau vom 21. Juli 2020, S. 32).

übrigens ein unausrottbarer Irrglauben, die *Kapitaleigner* würden sich paritätisch an den Sozialversicherungsleitungen der abhängig Beschäftigten beteiligen. Dies machen sie natürlich nicht, sondern die abhängig Beschäftigten erarbeiten sich ihre totalen Arbeitskosten jeweils *selbst*. Es sei denn, die am Markt realisierte *Wertschöpfung* reicht zur Deckung des Personalaufwands nicht aus. Dies ist aber nur im Krisenfall eines Unternehmens denkbar.

Im Süden lebt sich's länger

»Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland ist laut einer Studie im Süden und Südwesten am höchsten. Sie unterscheidet sich in den 402 Landkreisen bei den Männern um bis zu 5,4 Jahre, teilte das Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock mit. Bei Frauen betrage der maximale Unterschied knapp vier Jahre: So würden Frauen im Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt im Schnitt 81,8 Jahre alt. Dagegen könnten sich Frauen im Landkreis Starnberg südwestlich von München darüber freuen, durchschnittlich 85,7 Jahre alt zu werden. Auch bei den Männern fanden die Forscher ein Nord-Süd-Gefälle: In Bremerhaven beträgt die Lebenserwartung der Männer der Studie zufolge im Schnitt 75,8 Jahre. Im Landkreis München ist sie mit 81,2 Jahren am höchsten. Die Forscher erstellten eine Landkarte, aus der ersichtlich wird, dass sich die Landkreise mit besonders hoher Lebenserwartung im Süden und Südwesten der Bundesrepublik konzentrieren. Die Forscher veröffentlichten ihre Studienergebnisse im ›Ärzteblatt‹. Auch zwischen Ost und West gibt es Unterschiede: mehr Landkreise mit niedriger Lebenserwartung lägen im Osten Deutschlands als im Westen, berichten die Wissenschaftler. Aber auch im Ruhrgebiet gebe es Landkreise, in denen die Bevölkerung im Schnitt früher stirbt. Dazu zählten Dortmund, Gelsenkirchen und Essen. Die Wissenschaftler suchten auch nach Ursachen für die Unterschiede. Starken Einfluss haben nach ihren Erkenntnissen die Arbeitslosenquote und die Quote der Hartz-IV-Empfänger. ›Wer Unterschiede in der Lebenserwartung reduzieren will, muss vor allem die Lebensbedingungen des ärmsten Teils der Bevölkerung verbessern‹, sagte Roland Rau vom Max-Planck-Institut. Hingegen hätten Faktoren wie das Durchschnittseinkommen, die Zahl der Ärzte pro 100.000 Einwohner oder die Bevölkerungsdichte weitaus geringeren Einfluss« (Frankfurter Rundschau vom 21. Juli 2020, S. 32).

übrigens ein unausrottbarer Irrglauben, die *Kapitaleigner* würden sich paritätisch an den Sozialversicherungsleitungen der abhängig Beschäftigten beteiligen. Dies machen sie natürlich nicht, sondern die abhängig Beschäftigten erarbeiten sich ihre totalen Arbeitskosten jeweils *selbst*. Es sei denn, die am Markt realisierte *Wertschöpfung* reicht zur Deckung des Personalaufwands nicht aus. Dies ist aber nur im Krisenfall eines Unternehmens denkbar.

Neben der Alimentierung von Arbeitslosen durch staatlich festgelegte Preise erfolgt auch eine staatliche Bepreisung von *Renten* und *Pensionen*. Auch hier gibt es keinen Markt, der über Angebots- und Nachfragekonstellationen die Renten- und Pensionszahlungen festlegt. Die Bepreisung erfolgt hier über komplizierte Rentenformeln, die *Rentenwerte* zur Multiplikation mit den jeweiligen *Leistungsjahren* festlegen. Hinzu kommen politisch bestimmte Altersversorgungen, wie die gerade verabschiedete *Grundrente* und betriebliche und private Zusatzversorgungen, die allerdings, neben administrativen Bestimmungen, auch Marktpreisschwankungen ausgesetzt sind, wie beispielsweise der Zinsentwicklung in Bezug auf betriebliche Pensionsordnungen oder private Lebensversicherungen.

II.

Im zweiten Kapitel von »Arbeit, Kapital und Staat« bin ich vor dem Hintergrund der nur durch Arbeit originär entstehenden Einkommen auf die *Materielle Partizipation* und die *Verteilungsfrage* eingegangen. Hier ist wesentlich, wie die arbeitsteilig entstehende Wertschöpfung funktional zwischen *Arbeit* und *Kapital*, aber auch innerhalb des »Faktors« Arbeit und zwischen den Branchen, aufgeteilt wird. Wer erhält wie viel vom »Kuchen« des Einkommens, lautet hier immer die Frage. Hier gibt es keine monokausale Erklärung. Es hängt von vielen Faktoren ab, was am Ende für die abhängig Beschäftigten an realem Nettoentgelt übrig bleibt. Von der jeweiligen Branche, von Produktivitäts- und Preissetzungsmöglichkeiten, von den vom Staat festgelegten Sozialversicherungsleistungen und den erhobenen Steuern und nicht zuletzt von der Machtfrage auf den einzelnen Märkten, wobei hier den Arbeitsmärkten eine besondere Rolle zukommt. Liegt dabei ein Überschussangebot an Arbeitskräften vor, so haben die nachfragenden Unternehmer mehr *Macht*, und dies wird natürlich negative Auswirkungen auf den Lohn haben. Eine Überschussnachfrage bewirkt dagegen positive Effekte auf die Lohnhöhe. Schaut man sich dazu empirisch die funktionale Verteilung des Volkseinkommens zwischen Arbeit und Kapital an, dann zeigen sich hier gewaltige *Umverteilungen* zu Lasten der abhängig Beschäftigten und damit zu Gunsten des Kapitals. So sind seit der Wiedervereinigung in Deutschland von 1991 bis 2019 kumuliert gut 1,4 Billionen € auf Basis der um Abschreibungen¹ berichtig-

1 Abschreibungen, zur Erklärung, sind systematisch und damit fälschlicherweise im Volkseinkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nicht mehr enthalten. Die Kapital-eigentümer haben aber über die Abschreibungsbeträge ihr *eingesetztes Kapital* verteilungsmäßig zurückerhalten. Bei einer Wiederbeschaffungspreisbewertung der Abschreibungen sogar inkl. *Inflation*. Dies garantiert ihnen die »*Ewigkeit ihres Kapitals*«. Deshalb müssen zur Bereinigung die Abschreibungen zum Volkseinkommen addiert und danach das berichtigte Volks-